

Photovoltaikanlagen für zwei Schulen

Kreisausschuss beschließt außer- und überplanmäßige Ausgaben

Eisenberg. Der Kreisausschuss des Kreistages des Saale-Holzland-Kreises hat in seiner öffentlichen Sitzung in dieser Woche u.a. mehrere über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben beschlossen. Vier davon betreffen Investitionen an Schulen des Landkreises.

So wurde für die Errichtung von Photovoltaikanlagen an der Staatlichen Regelschule "Unter den Dornburger Schlössern" in Dorndorf und an der Staatlichen Grundschule "Heinrich Heine" Königshofen jeweils eine außerplanmäßige Ausgabe von 28.000 Euro genehmigt. Der Landkreis hatte für beide Investitionen Fördermittel aus dem Programm „Solar-Invest“ beantragt und bewilligt bekommen. In beiden Fällen handelt es sich um 10 kWp-Photovoltaikanlagen mit Speicher. Beide sollen künftig die Eigenstromversorgung der jeweiligen Schule sichern.

Für die beiden Schulen, an denen derzeit umfangreiche Sanierungsmaßnahmen laufen, mussten außerdem überplanmäßige Ausgaben u.a. wegen gestiegener Baukosten beschlossen werden. Für die Regelschule in Dorndorf geht es dabei um 372.000 Euro, für die Grundschule in Königshofen um 100.000 Euro. Diese zusätzlichen Mittel sind erforderlich, um die Baumaßnahmen ordnungsgemäß abschließen zu können, heißt es in der Begründung der Beschlussvorlagen. Die Kostenerhöhungen werden dem Fördermittelgeber angezeigt und eine Nachförderung in 2023 beantragt.

„So wie viele Unternehmen und Institutionen haben auch wir als Landkreis mit den erheblichen Preissteigerungen und Verwerfungen am Markt zu kämpfen“, kommentiert Landrat Andreas Heller dazu. „Trotzdem haben Investitionen in Schulen und Bildung weiterhin für uns Priorität, und wir setzen alles daran, die vom Kreistag beschlossenen Vorhaben umzusetzen.“

Für das Brehm-Schullandheim Renthendorf hat der Kreisausschuss einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 100.000 Euro zugestimmt. Hier sollen Flure eingebaut werden, um aus den großen Zimmern kleinere Einheiten zu machen. Damit soll die Attraktivität und Vermietbarkeit wesentlich gesteigert werden. Das Brandschutzkonzept und die Fluchtpläne sind dem entsprechend anzupassen. Hierfür waren bereits 2021 Mittel eingeplant, die jedoch kurzfristig für eine andere Baumaßnahme benötigt wurden. Nun sind diese Mittel wieder bereitgestellt.

Insbesondere wegen der Aufnahme geflüchteter Menschen aus der Ukraine und Asylbewerbern aus anderen Ländern sowie wegen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Aufgaben, aber auch wegen Tarifanpassungen, Fallzahlerhöhungen im Jugendbereich u.a. mussten des Weiteren 512.700 Euro überplanmäßig für Personalkosten beschlossen werden. Diese werden durch Minderausgaben und Mehreinnahmen bei verschiedenen Haushaltsstellen gedeckt.

Zudem müssen im Bereich „Leistung der Eingliederungshilfe zur Betreuung in einer betreuten Wohnform für Kinder und Jugendliche“ 76.000 Euro mehr aufgewendet werden, da sich die Zahl der Betroffenen erhöht hat. Auch diese überplanmäßige Ausgabe hat der Kreisausschuss – wie alle übrigen auch – einstimmig beschlossen.